

**Aus:**

FRANZ WALTER

## **Im Herbst der Volksparteien?**

Eine kleine Geschichte von Aufstieg und Rückgang  
politischer Massenintegration

Februar 2009, 136 Seiten, kart., 14,80 €, ISBN 978-3-8376-1141-0

Die Volkspartei integrierte über viele Jahre unterschiedliche Schichten, Generationen, Kulturen. Doch ihre Zeit scheint sich dem Ende zuzuneigen: Die Fähigkeit zur gesellschaftlichen und politischen Integration schwindet, ihre Vermittlungsleistung zwischen Staat und Bürger mindert sich drastisch. Der Typus »Partei« wird zunehmend weniger als Medium der Teilhabe genutzt. Der bekannte Parteienforscher Franz Walter beschreibt und analysiert den Auf- und Abstieg der Großparteien in Deutschland. Und er fragt nach Alternativen. Kann die Zivil- oder Bürgergesellschaft ersetzen, was den Parteien nicht mehr gelingt? Ein farbiger wissenschaftlicher Essay über ein zentrales Problem der deutschen Politik.

**Franz Walter** (Prof. Dr.) lehrt Politikwissenschaft an der Universität Göttingen und leitet dort die »Arbeitsgruppe für Parteien- und Politische Kulturforschung«.

Weitere Informationen und Bestellung unter:

[www.transcript-verlag.de/ts1141/ts1141.php](http://www.transcript-verlag.de/ts1141/ts1141.php)

# Inhalt

Vorwort | 7

**I. Krise des Parteiensystems?** | 9

Fragile, aber konstante Zuordnungen | 12

**II. Die CDU. Von der ewigen Verdammnis ließ sich leben** | 15

Vormoderne Tradition für moderne Politik | 16

Gründungspartei der Bonner Republik | 21

Patriarchalismus und Sammlung | 24

Abschied vom eigenen Modell | 34

Es bröseln | 37

Noch konservativ? | 43

Die Mitte auf der Flucht | 47

**III. Die SPD. Über Aufsteiger und Zurückgelassene** | 55

Organisation war ihr Leben | 55

Neue Generation, neue Erfahrungen | 63

Rekonstruktion | 64

Zähmung | 65

Neubildung eines Milieus | 68

Das Pendel schlägt zurück | 71

Heterogenisierung | 76

Partei in der Depression | 78

Inszenierung gelungener Dualität | 81

Krux des Dualismus | 84

Versiegende Traditionalität | 86

Auslaufmodell der Industriegesellschaft? | 88

Demokratischer Sozialismus? | 94

**IV. Machen nur noch Spinner mit? | 99**

Politik ohne Kern | 99

**V. Die Bürgergesellschaft – Alternative zum Parteienstaat? | 107**

Stille Revolution? | 107

Projekt arrivierter Mittelschichten | 110

Management of complexity | 116

**Literatur | 119**

## Vorwort

---

Vor knapp zehn Jahren hat der Verfasser ein Buch über die wachsende Heimatlosigkeit der Parteien publiziert. Die Studie versuchte, einen historisch weiten Bogen von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Ende des 20. Jahrhunderts zu schlagen; sie handelte seinerzeit von allen im Bundestag vertretenen Parteien, und das Thema war die Entbindung der politischen Repräsentanzen von den sie ursprünglich konstituierenden, dann lange tragenden sozialmoralischen Milieus. Dieser Vorgang sollte mit der Metapher der »Heimatlosigkeit« ausgedrückt werden (vgl. Walter/Dürr 2000).

Die historische Rekonstruktion und Analyse der politischen Heimate oder Milieus hatte in der Göttinger Politikwissenschaft eine lange Tradition. Denn: Man stößt schnell an Grenzen, wenn man Parteien lediglich endogen aus programmatischen Manifesten oder statutarisch festgelegten Organisationsprinzipien erklären will. Man greift aber ebenfalls zu kurz, wenn man Parteien vorwiegend als Produkte sozioökonomischer Spannungslinien auffasst. Mit den Milieus dagegen lässt sich die Schnittstelle von Partei und Sozialstruktur erfassen, hier trifft man auf den Raum gesellschaftlicher Erfahrungen, Vermittlungen, Deutungen und Vergemeinschaftungsleistungen (vgl. Lepsius 1966, Pyta 1996). Die Milieus waren die Heimatwelten im Vor- und Umfeld der Parteien. In ihnen fand die kulturelle Verarbeitung ökonomischer, sozialer und politischer Konflikte statt. Hier entwickelten sich jene Alltagsrituale, Zeichen und Symbole, die den emotionalen Zusammenhalt aller Gruppenzugehörigen schaffen. Hier gründeten sich die Organisationen im weiten vopolitischen Raum, die jenseits der politischen Eliten auch die Massen einer spezifischen Sozialkultur integrierten und längerfristig banden. Es waren erst diese

Alltagskulturen, die für die bemerkenswerte Stabilität und Konsistenz einiger Parteien in der modernen europäischen Geschichte gesorgt haben. Parteien ohne solche Milieus dagegen schmolzen dahin oder verschwanden, selbst wenn sie glänzende politische Führungen hatten und die ökonomischen Interessen herrschender Klassen prägnant vertraten. Parteien als bloße Interessenaggregate auch einflussreicher Sozialschichten reichten nicht, um gesellschaftliche Wandlungen und Krisen zu überstehen. Parteien in Lagern dagegen gelang es, selbst die gesellschaftlichen Voraussetzungen ihrer Entstehung zu überleben und widrigen Modernisierungsschüben zu trotzen. Milieus waren zählbeige Phänomene mit einer ganz erstaunlichen Beharrungskraft. Das wirkte sich auf den Entwicklungsfortschritt oft belastend aus, war aber mindestens ebenso oft auch ein bedeutsamer Hemmfaktor gegen die Paranoia und Pathologien einer entgrenzten Moderne. Parteien – und auch ihr Zerfall – sind jedenfalls ohne intime Kenntnisse ihrer Heimatwelten nicht hinreichend zu deuten.

Die Erosion ist gerade in den letzten zehn Jahren weiter vorangeschritten. Und das gilt insbesondere für die beiden Volksparteien, die früher mit dem gewerkschaftlichen bzw. katholischen Milieu besonders kräftige lebensweltliche Wurzeln hatten. Die nun hier vorliegende Darstellung beschränkt sich daher auf die CDU und die SPD, baut dabei auf den historisch-politologischen Analysen des Verfassers zur »Heimatlosigkeit« auf, erweitert sie um neue Reflexionen, schreibt die Geschichte fort, setzt sie dabei stärker noch in den Kontext der allgemeinen Diskussion über die Kritik an dem Parteienstaat und zu den zivilgesellschaftlichen Alternativen.

\*\*\*

Die Publikationsnachfrage ist groß geworden. Zu bewältigen vermag ich die Produktionspflichten nur durch die immense Hilfsbereitschaft und Empathie meiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Stine Harm, Johanna Klatt, Teresa Nentwig, Bonnie Pülm, Katharina Rahlf, Klaudia Hanisz, Felix Butzlaff, Matthias Micus, Andreas Wagner, Oliver D'Antonio, Christian Woltering, Jonas Rugenstein, Sören Messinger und Sebastian Kohlmann waren bei diesem Projekt (wieder einmal) besonders hilfreich. Das gilt ebenso für Astrid Stroh, Peter Munkelt und Clemens Wirries, die mich mit einer Fülle von Material versorgt haben. Sie wissen, wie dankbar ich ihnen bin.

## I. Krise des Parteiensystems?

---

In den Jahren von Helmut Kohl äußerten sich die Deutschen gern verdrossen über die Parteien. Spätestens seit dem Ende der Regierung Schröder/Fischer scheint ihnen indes gleichgültig geworden zu sein, was sich im Innenleben von Sozial- und Christdemokraten, von Linken und Liberalen, bei den Grünen ereignet. Unverständlich ist das nicht. Denn die Parteien erfüllen fraglos immer weniger die Funktion, für die man sie historisch gebraucht hatte. Denn eigentlich sollten Parteien zwischen Staat und Gesellschaft Vermittlerdienste leisten. Sie sollten in die Gesellschaft hineinhorchen, sollten Hoffnungen, Sorgen, Anliegen registrieren, filtern, zusammenbinden und sodann in die politisch-staatliche Sphäre transferieren. Parteien sollten mithin eine atmende Beziehung zwischen regierender Repräsentanz und regiertem Volk herstellen. Es gab im 20. Jahrhundert auch einige Jahrzehnte, da kamen die Parteien diesem Anspruch durchaus nahe. Sie konnten infolgedessen ihre Anhänger, wenn es darauf ankam, auf Zuruf mobilisieren, konnten sie gezielt in die Aktion entsenden. Sie durften sich in jener Zeit vielfältiger Bindungen auch bei unpopulären Entscheidungen auf die Disziplin wie Verlässlichkeit ihrer *Basismilitants* verlassen.

Aber im Laufe der letzten zwei Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts lockerte sich die Klammer zwischen den Parteien und ihren ursprünglichen Trägerschichten. Die Parteien entzogen sich der Gesellschaft mehr und mehr, glichen indessen zugleich ihren sozialen Präsenzverlust durch großzügige staatliche Alimentationen und kräftige Personalpatronage in den staatlichen und halbstaatlichen Einrichtungen aus, wodurch sich der Abstand zum Volk allerdings noch weiter vergrößerte (vgl. Decker 2005). Die Parteien hatten historisch als Hono-

rationenzirkel angesehener Bürger begonnen, wurden dann mehr und mehr zu Integrations-, Mobilisierungs- und Erziehungsorganisationen von Massen – und entwickeln sich nun zu Kaderorganisationen, allerdings: ohne substanzielle Kader, ohne reputierliche Honoratioren und erst recht ohne die Einbindungs- und Sozialisationskraft von ehem. Kurzum: Die modernen Parteien beschränken sich jetzt, nach dem Auslaufen ihrer gesellschaftlichen Vermittlungsrolle und ihres Zielfindungsanspruchs, auf Auswahl und Präsentation des politischen Personals für Parlamente und Regierungen. Doch die Elitenrekrutierung vergrößert den Abstand zur Gesellschaft erst recht (vgl. Kintz 2006). Akademiker überwiegen in den Mitgliedschaften deutscher Parteien – von FDP bis zur Linkspartei im Übrigen – bei Weitem; die unteren 35 Prozent der Gesellschaft tauchen in Parteien hingegen kaum noch auf (vgl. Biehl 2005). Der gesellschaftliche Konflikt und die soziale Polarisierung bilden sich in der realen Parteienstruktur der deutschen Republik nicht mehr ab. Und dass Parteien mittlerweile ganz der Ehrgeiz fehlt, die Trüffel der Zukunft vor allen anderen gesellschaftlichen Kräften zu finden, Wege und Ziele zu weisen, ist in unübersichtlichen Zeiten, da der Bedarf nach ordnenden Erklärungen und Ideen erheblich ist, gewiss ein weiteres Manko.

Nach der deutschen Vereinigung, zu Beginn der 1990er Jahre, mündete die Entfremdung von Parteien und Gesellschaft gar in ressentimentträchtige Distanz. Keine zweite öffentliche Einrichtung verlor in diesem Zeitraum so eklatant an Vertrauen wie eben die politischen Parteien und die Institutionen der Politik. Die Syndrome waren offensichtlich und sind häufig beschrieben worden: Der Anteil der Stammwähler schmolz zusammen; die Beteiligung an Wahlen ging zurück; die Zahl der Aktiven schrumpfte beträchtlich. Vor allem jüngere Menschen zog nichts mehr in die spannungslose Hinterzimmerkultur der Ortsvereine. Auffällig war zudem, dass sich sowohl die neuökonomischen Eliten als auch das »neue Unten« aus Langzeitarbeitslosen und Sozialhilfeempfängern teils gleichgültig, teils auch aggressiv-verächtlich vom Betrieb der Parteien abwandten und sich jeder Teilhabe am Politischen rigide verweigerten. Und es korrelierte dabei spiralförmig:

»Je gleichgültiger »die Politiker« den Gesellschaftsmitgliedern sind, desto mehr müssen diese mit Politikern rechnen, denen das Schicksal der Gesellschaft relativ gleichgültig ist. Eine überwiegend negative Meinung über Politiker im gesellschaftlichen Bewusstsein, ob zu Recht oder zu Unrecht, bestärkt umso mehr Menschen darin, mit gutem gesellschaftlichen Gewissen der Politik fernzubleiben. Dies setzt den Teufelskreis einer immer fragwürdiger

werdenden Politikerauswahl in Gang, rekrutiert aus einer schwindenden Zahl von politisch Aktiven, mit zunehmend anderen als auf das Gemeinwohl bezogenen Wert- und Zielvorstellungen. In Krisenzeiten, also in Zeiten außergewöhnlicher Herausforderungen an die Politik, kann diese Entwicklung eine Gesellschaft substanziell gefährden. Es fehlt ihr dann das unverzichtbar breite Potenzial an Menschen, die sich mit gesellschaftlichem Engagement und Ausdauer politisch betätigen.« (Scheer 2003: 19)

Doch merkwürdig: Das alles hat die Parteien nie sonderlich erregt. Wie erklärt sich das? Es gibt in Deutschland, erstens, die tröstenden Folgen des Föderalismus. Man hat sich in den letzten Jahren häufig die Frage gestellt, wieso sich in Großbritannien die Großparteien in den 1980er und 1990er Jahren so tiefgreifend verändert haben, in Deutschland die Volksparteien aber währenddessen sehr viel weniger. So schwer allerdings fällt die Antwort nicht: Die Niederlagen etwa der Labour Party in England nach 1979 waren immer komplett, boten keinen Trost, eröffneten keine Zuversicht. Ihre Machtlosigkeit war vollständig. In Deutschland lagen und liegen die Dinge dagegen anders. Hier regierten die Sozialdemokraten auch nach dem Ende der sozialliberalen Koalition 1982 kommod mit – in den Bundesländern und dadurch auch über den Bundesrat. Die Sozialdemokraten hatten infolgedessen kaum das Gefühl, dass sie von den Wählern ins Aus geschickt wurden. Sie sahen sich in ihrer Politik vielmehr mindestens teilbestätigt. Insofern geht in Deutschland Erneuerung oder Reform nicht einmal von der bei den Bundestagswahlen geschlagenen Partei aus, wie man auch am Beispiel der CDU gut beobachten konnte, die im Grunde keine der Niederlagen bei den Bundestagswahlen 1998, 2002 und in einer gewissen Weise auch 2005 gründlich reflektiert hat – im Unterschied, auch hier, zu den britischen Konservativen des David Cameron.

Das ist, zweitens, das Grundgefühl der Parteien überhaupt geblieben, nachdem jeweils die ersten Schrecken über die zyklischen »Parteienverdrossenheits-Aufregungen« wieder abebbten. Die Parteimanager rieben sich dann gleichsam die Augen und stellten so überrascht wie zufrieden fest: Sie hatten an Zugriffsmöglichkeiten nichts verloren. Im Grunde kommt es nicht darauf an, ob die Parteien Mitglieder einbüßen, ob Wähler nicht zur Wahl gehen. Der Einfluss der Parteien bleibt stets gleich. Sie regieren; sie schicken ihre Leute weiter in Rundfunk- und Fernsehräte, in Sparkassenvorstände. Sie beeinflussen weiterhin die Personalauswahl vieler Energieversorgungsunternehmen, der Verkehrsbetriebe, der Schulen und Universitäten, der öffentlichen Institutionen insgesamt. Und die Fernsehkameras richten sich nach



wie vor auf sie; seitdem die Politik in Berlin angesiedelt ist, mehr denn je. Es gibt nicht die Erfahrung des Bedeutungsverlustes. Warum also sollte man sich ändern?

## FRAGILE, ABER KONSTANTE ZUORDNUNGEN

Institutionen erneuern sich nur unter Existenzdruck. Aber den spüren sie nicht. Denn tatsächlich haben sich viele Strukturen zäh gehalten. Historisch geschulte Interpreten von Parteiensystemen und Wählerverhalten kennen die Faustregel, die schon in den 1920er Jahren galt: Die Hälfte der Wähler besitzt stabile, über Weltanschauungen und Einstellungen vermittelte parteipolitische Orientierungen; ein Viertel mäandert labil hin und her, ein weiteres Viertel interessiert sich so gut wie gar nicht für die Vorgänge im Politischen. Auch noch in den traditionsmächtigen 1950er Jahren gingen Wahlforscher von einer solchen Proportionalität an Loyalität, Illoyalität und Ignoranz aus. Seither sind, wie wir tagtäglich lesen können, die klassischen Großkollektive geschrumpft, die holistischen Ideologien aus dem Alltag der Bürger verschwunden, die sozialmoralischen Bindekräfte in der individualisierten Gesellschaft massiv zurückgegangen. Und doch ist es keineswegs so, dass nun die Wahlbürger in ihrer großen Mehrheit wild und voraussetzungslos zwischen den politischen Lagern hin- und herhüpfen, heute CSU und morgen Linke wählen, mal für die Grünen, dann wieder für die CDU votieren. Auch bei den Bundestagswahlen 2005 unterstützten gut 50 Prozent der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter die SPD, knapp die Hälfte der Katholiken die CDU/CSU – was ziemlich exakt dem Wählerverhalten der deutschen Katholiken schon bei den Reichstagswahlen 1912 entsprach, welches damals allerdings noch der Zentrumsparterie zugute kam. Mithin: An der Wählerformel aus dem frühen 20. Jahrhundert und der frühen Bundesrepublik ist im Grunde nach wie vor kaum etwas zu modifizieren (vgl. Eith 2005).

Angesichts eines wirklich weitreichenden und tiefgreifenden sozialen, ökonomischen und gesellschaftlichen Wandels in den letzten 75 Jahren ist es insofern erstaunlich, wie stabil die Parteienmuster geblieben sind, wie wenig krisenreich sich das Verhältnis zwischen Parteien und Bürgern *bislang* entwickelt hat. Auch der Repräsentationsmechanismus ist schließlich nicht gänzlich defekt. Katholiken haben ihre christliche Union; Konfessionslose tummeln sich zumindest im Osten in der Linkspartei, im Westen auch bei Grünen und der SPD; Protestanten mangelt es ebenfalls nicht an Ansprechpartnern im politischen Raum. Gewerbliche Unternehmer sind ganz zufrieden mit der

FDP. Landwirte halten überwiegend zur CDU/CSU. Hochverängstigte Arbeitnehmer und Arbeitslose haben nun die Lafontaine-Gysi-Partei, wenn ihnen die Sozialdemokraten als Schutzmacht nicht mehr reichen sollten. Beruflich privilegierte und ausgefüllte Postmaterialisten kommen nach wie vor mit den Grünen gut zurecht. Und auch für den Protest schlecht qualifizierter, ethnozentristisch fixierter und autoritär disponierter junger Männer stehen Parteien ganz rechts zur Verfügung, so dass sich dieser Extremismus nicht allein in terroristischer Militanz austoben muss.

Insofern könnten die Strategen der Parteien im Grunde unbesorgt sein. Sie haben eine Menge Parteienverdrossenheitsdebatten hinter sich. Schon 1926 schrieb Carl Schmitt in seiner höchst einflussreichen Studie »Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus«, dass das Tun der aus Parteien hervorgegangenen Parlamentarier »zu dem ziemlich verachteten Geschäft einer ziemlich verachteten Klasse von Menschen geworden ist« (Schmitt 1926: 8). Indes, solcherlei Schelten kamen auf und verschwanden wieder. Am Ende aber hatten die Parteien nie an Einfluss verloren. Doch gerade die erfahrenen Parteimanager sind seit einiger Zeit etwas nervöser geworden. Sie wissen, dass ihre Parteien in den letzten Jahren kräftig an autonomem Selbstbewusstsein, an autarker Identität, mithin an krisenresistentem Eigensinn verloren haben. Eben deshalb reagieren die Parteien auf die grellen Niedergangsarien der Medien zuweilen kopflos. Die Parteien sind durch externe Attacken leichter zu erschüttern als in früheren Jahren. Sie sind sich ihrer selbst nicht mehr gewiss. Es mangelt ihnen nicht an Geld, nicht an Einfluss, nicht an Patronagemöglichkeiten, aber es fehlt ihnen an sicherem Selbstbewusstsein. Die Parteien sind im öffentlichen Leben omnipräsent, wirken dabei aber doch kraftlos. Das ist nicht ganz neu, aber es ist doch anders als in den ersten vier Jahrzehnten der Bundesrepublik. Da wussten die Parteiaktivisten noch, warum und wofür sie sich politisch ins Zeug legten. Darin sind sie sich im Jahr 2009 keineswegs mehr sicher. Allein der Begriff »Kampf«, den Parteien früher bevorzugt gebrauchten, wirkt mittlerweile fremd. Parteien kämpfen nicht mehr. Ihnen sind die Kriegsziele ausgegangen, die Fußtruppen und irgendwie auch die Feinde.

Das alles muss man natürlich keineswegs bedauern. Man kann mit guten Gründen den späten Abschied vom martialischen Vokabular und den Carl Schmitt'schen Denkfiguren – »die spezifische politische Unterscheidung, auf welche sich die politischen Handlungen und Motive zurückführen lassen, ist die Unterscheidung von Freund und Feind« (Schmitt 2002: 256) – als zivilisatorischen Fortschritt begrüßen. Und doch können auch moderne, gleichsam pazifizierte

Parteien einige ihrer klassischen Voraussetzungen schlecht entbehren (vgl. Mouffe 2007). Sie bräuchten eine Basis, die motiviert und aktionsfähig ist. Sie bräuchten ein paar politische Ziele, die einsichtig und erstrebenswert wirken. Sie bräuchten Elitennachwuchs, der durch Härte, Reife und Überblick das Zeug für die politische Führung einer großen Partei oder einer ganzen Republik hat. Fehlt da etwas, dann haben Parteien ein Problem oder werden es jedenfalls bekommen. Und es gibt gewichtige Indizien, dass da in der Tat einiges fehlt.

Doch wie ist es dazu gekommen? Was hat aus früheren Weltanschauungsgemeinschaften und streng separierten Eigenmilieus Volksparteien gemacht, sie zur Blüte gebracht – und nun verwelken lassen? Begeben wir uns also zur Klärung dieser Fragen auf eine historische Exkursion.